

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 38 37. Jg.

26. Sept. 1924

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsassstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268
Verlag: Johannes Hoff, Berlin N 24. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Verbandsbeitrag und Unterstützungssätze ab 28. September 1924.

Die vom Vorstand unter Zustimmung des Verbandsausschusses und des Verbandsbeirates in Nr. 33 der „Graphischen Presse“ ausgeschiedene Urabstimmung über Erhöhung des Verbandsbeitrages und Erhöhung der Unterstützungssätze ergab folgendes Resultat:

Für Erhöhung des Verbandsbeitrages und der Unterstützungssätze wurden insgesamt 4990 Stimmen abgegeben. Gegen die vorgeschlagenen Erhöhungen votierten 1372 Kollegen.

Die zweite zur Urabstimmung gestellte Frage, ob der Vorstand berechtigt sein soll, falls die Erhöhung des Beitrages eine über die vorgeschlagenen Sätze hinausgehende Erhöhung einiger Unterstützungssätze zulassen sollte, diese Erhöhung ohne besondere Abstimmung vornehmen zu können, ergab für die Vollmacht des Vorstandes 4604 Stimmen und gegen die Vollmacht des Vorstandes 1569 Stimmen.

Mit erfreulicher Stimmenmehrheit hat sich die Kollegenschaft für Erhöhung des Beitrages und für Erhöhung der Unterstützungssätze einschließlich Erteilung der erbetenen Vollmacht an den Vorstand ausgesprochen!

Infoagedessen werden verbindlich für jedes Mitglied folgende Bestimmungen erlassen:

ab 28. September 1924 beträgt der Verbandsbeitrag:

Für Vollmitglieder und weibliche Mitglieder derjenigen Berufsgruppen, die unter Zentraltarifen stehen und die Mindestlöhne männlicher Mitglieder beziehen (A. B. § 5 Abs. 1)	Mk. 1,20 (rote Marke)
Für männliche Mitglieder der Porträtphotographen (A.-B. § 5 Abs. 1)	Mk. 0,60 (blaue Marke)
Für weibliche Mitglieder (A.-B. § 5, Abs. 1)	Mk. 0,40 (grüne Marke)
Für Halbmitglieder nach § 5 Abs. 2a der A.-B.	Mk. 0,80 (rote Marke)
" " " § 5 Abs. 2b der A.-B.	Mk. 0,60 (gelbe Marke)
" " " § 5 Abs. 2c der A.-B.	Mk. 0,40 (graue Marke)
" " " § 5 Abs. 3 der A.-B.	Mk. 0,30 (viol. Marke)
für Mitglieder der Lehrlingsabteilung	Mk. 0,10

Der Lokalzuschlag, den die Mitgliedschaften erheben, ist auf der Beitragsmarke nicht erkenntlich. Die Ortsverwaltungen haben Sorge zu tragen, daß jedem Mitglied durch Sonderstatut bekannt wird, daß der Lokalbeitrag mit dem Verbandsbeitrag ohne besonderen Aufdruck erhoben wird.

Der Beitrag ist wöchentlich zu leisten!

Mit dem erhöhten Beitrag treten auch erhöhte Unterstützungssätze in Kraft!

Die Unterstützungssätze betragen ab 28. September 1924 für die laufende Woche:

Arbeitslosen-Unterstützung:

Für Vollmitglieder (A.-B. § 5 Abs. 1) die Woche	8,40 Mk.;	für einzelne Tage	1,40 Mk.
Für männliche Mitglieder der Porträtphotographie die Woche	4,20 " " "	" " "	0,70 "
Für weibliche Mitglieder die Woche	2,90 " " "	" " "	0,45 "
Für Halbmitglieder (A.-B. § 5 Abs. 2a) die Woche	5,60 " " "	" " "	0,90 "

Reiseunterstützung wird nach Kilometern (Luftlinie) berechnet, und zwar für je 50 angefangene Luftkilometer der Satz der täglichen Arbeitslosenunterstützung.

Umzugsunterstützung wird bis zur Gesamthöhe der für Arbeitslosenunterstützung erworbenen Rechte gewährt.

Kranken-Unterstützung:

Für Vollmitglieder (A.-B. § 5 Abs. 1) die Woche	6,— Mk.;	für einzelne Tage	1,— Mk.
Für männliche Mitglieder der Porträtphotographie die Woche	3,— " " "	" " "	0,50 "
Für weibliche Mitglieder die Woche	2,— " " "	" " "	0,35 "
Für Halbmitglieder (A.-B. § 5 Abs. 2) die Woche	4,— " " "	" " "	0,70 "

Invaliden-Unterstützung:

Wenn der Eintritt bis zum 30 Lebensjahre erfolgte:		Wenn der Eintritt nach dem 30. Lebensjahre erfolgte:	
a) nach 650 Beiträgen die Woche	3,— Mk.	a) nach 650 Beiträgen die Woche	2,40 Mk.
b) " 1040 " " "	3,60 "	b) " 1040 " " "	3,— "
c) " 1560 " " "	4,20 "	c) " 1560 " " "	3,60 "

Witwen-Unterstützung:

An einmaliger Witwen-Unterstützung wird gewährt:	
a) nach 650 Beiträgen	72,— Mk.
b) " 1040 " " "	108,— "
c) " 1560 " " "	144,— "
Weibliche Mitglieder erhalten keine Witwen-Unterstützung!	

Sterbegeld für Mitglieder:

Die Angehörigen aller verstorbenen Mitglieder erhalten an Sterbegeld:	
a) nach 52 Beiträgen ein Sterbegeld in Höhe von	24,— Mk.
b) " 156 " " " " " "	36,— "
c) " 260 " " " " " "	48,— "
d) " 390 " " " " " "	60,— "
e) " 520 " " " " " "	72,— "

Das Sterbegeld für Mitgliederfrauen beträgt, wenn mindestens 260 Beiträge geleistet sind 24,— Mk. Die Kranken-Unterstützung für Lehrlinge beträgt die Woche 2,40 Mk., für den Tag 0,40 Mk.

Sterbegeld für Lehrlinge wird gezahlt: a) bei mindestens 52 Beiträgen 15,— Mk.; b) bei mindestens 104 Beiträgen 25,— Mk.

Die Dauer der Unterstützungsleistung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Invalidität wird durch die Statutbeschlüsse des Nürnberger Verbandstages bestimmt. Eine Änderung der Bestimmungen über die Dauer der Unterstützungsbezüge ist durch das Veto der Kollegen nicht eingetreten. Nähere Auskünfte über Unterstützungsdauer, Unterstützungsberechnung und Unterstützungsauszahlung gibt das Rundschreiben Nr. 142, das an die Mitgliedschaftsvorstände ergangen ist.

Der Vorstand.

Die Organisationen der Unternehmer.

Immer, wenn die Arbeiter darangehen, ihre mäßliche wirtschaftliche Lage zu verbessern oder aus ihrer in keiner Weise den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden gesellschaftlichen Stellung herauszukommen, stoßen sie auf einen diesen Bestrebungen gegensätzlichen Machtfaktor: *Die Organisation der Unternehmer*. Ganz besonders auf dem Gebiete der sozialen Kämpfe ist der Machtfaktor der Organisationen der Unternehmer direkt in die Augen springend. Wie wir Kollegen bei der Vertretung unserer wirtschaftlichen Interessen mit den unsern Bestrebungen gegensätzlichen Unternehmerverbänden rechnen müssen, wie wir sowohl Taktik wie Aufmarschplan des Verbandes durch die Haltung unserer Unternehmerverbände beeinflusst sehen, so müssen auch alle Arbeiterorganisationen bei Abwägung der zu ergreifenden Maßnahmen das Gewicht der Unternehmerverbände in Berücksichtigung ziehen, sollen nicht unangenehme Überraschungen das Endergebnis jeglicher Handlung sein.

Aber in der Beeinflussung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft erschöpft sich die Wirksamkeit der Organisationen der Unternehmer nicht, sondern sie greifen weit darüber hinaus. Die Gestaltung der Wirtschaft und Staatsform wird wesentlich von der Tätigkeit der Unternehmerorganisationen beeinflusst, was sich hunderte Male an täglichen Beispielen erweisen läßt. Es genügt deshalb nicht, daß die Arbeiter den Unternehmerverband kennen, mit dem ihre Organisation die Tarifverhandlungen führen muß, sondern sie haben die Pflicht, sich dieser Gegner in vollem Umfange erkannt werden, auch dem Aufbau der Unternehmerverbände ihre volle Aufmerksamkeit zu schenken und auch die übrigen Unternehmerverbände zu beachten.

Es ist sicher nicht ganz leicht, die Vielgestaltigkeit der Unternehmerorganisationen systematisch zu zergliedern. Denn der Unternehmer ist *Arbeitgeber, Kapitalist, Händler* und oft *Fachmann* zugleich. Außerdem findet er auf jedem Gebiete seiner Tätigkeit andere Konkurrenten, die ihn zu Organisationen drängen, die für den nichts besitzenden Arbeiter nicht in Frage kommen. Jeder Versuch, sich einen Überblick über die Verflechtung der kapitalistischen Wirtschaft zu verschaffen, muß deshalb von der Zelle kapitalistischen Wirtschaftslebens, dem Unternehmen, ausgehen, weil nur so alle die Zusammenhänge, die zu organisatorischer Bindung von Unternehmen in horizontaler und vertikaler Richtung führen, zu erkennen sind und ihr Aufgabenkreis abgegrenzt wird. Eine solche Untersuchung ergibt auch, daß ganz selbstverständlich die wirtschaftspolitischen Unternehmerverbände geschichtlich früher als die sozialpolitischen Organisationen, die Arbeitgeberverbände zu verzeichnen sind. Die Unternehmer schlossen sich eben auch zuerst fast immer zusammen, um ihre Interessen nach außen, dem Staate, dem Handel, der Landwirtschaft gegenüber wahrzunehmen und erst dann traten die Kampforganisationen gegen die Gewerkschaften ins Leben.

Es ist im Rahmen eines Zeitungsartikels leider nicht möglich, so tief in die einzelnen Organisationen der Unternehmer einzudringen, wie es im Interesse der Sache notwendig wäre. Aber es dürfte Anregung zum Selbststudium genug sein, wenigstens die Dachverbände, ihre Zusammensetzung und ihre Aufgaben kurz zu streifen.

Der für die Gewerkschaften am stärksten in Frage kommende Dachverband ist die *„Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände“*, die die sozialpolitische Organisation der Industrie darstellt. Hervorgegangen aus der 1913 vollzogenen Vereinigung der „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ mit dem „Verein Deutscher Arbeitgeberverbände“, umfaßt die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände 1922 55 Reichsdachverbände, 35 selbständige Bezirks- und 21 Ortsverbände, denen insgesamt 806 Unternehmerverbände angeschlossen waren; dazu kamen 46 gemischte Bezirks- und 64 gemischte Ortsverbände, die wiederum alles in allem 914 Verbände zusammenfaßten. Von besonderer Wichtigkeit ist organisatorisch der gebildete große Ausschuss, in dem alle selbständigen Verbände Vertreter entsenden, der seinerseits zur Bearbeitung von Spezialfragen wiederum Fachausschüsse gebildet hat, wovon uns besonders der *Ausschuss für Sozialpolitik, der für Tarifpolitik* und der für das *Nachwieswesen* interessieren, während die andern Ausschüsse nur Bedeutung für die innere Verwaltung haben.

Der Dachverband der wirtschaftspolitischen Organisationen der Industrie ist der *„Reichsverband der deutschen Industrie“*, der aus der 1919 in Jena vollzogenen Verschmelzung des „Zentralverbandes deutscher Industrieller“ mit dem „Bund der Industriellen“ hervorgegangen ist. Der Reichsverband der deutschen Industrie bezweckt „die Vertretung und Förderung der deutschen Industrie, die Herbeiführung eines einheitlichen Vorgehens der beteiligten Kreise und eine Gemeinschaftsarbeit mit den Arbeitnehmern, die auch in den Fach-, Orts- und Landesverbänden und in den Fachgruppen geleistet werden kann.“ Mitglieder des Verbandes können zwar aus besonderen Gründen auch Einzelpersonen sowie industrielle Einzelunterneh-

men werden, doch ist der Verband in der Hauptsache ein Dachverband zentraler Organisationen, die auf fachlicher oder regionaler Grundlage aufgebaut sind. Insgesamt umfaßt der Reichsverband 510 Fachverbände, 19 landschaftliche Verbände, 36 besondere Verbände und 467 Handels- und Gewerbekammern. Das tatsächliche Organisationsprinzip herrscht durchaus vor, und in geradezu vorbildlicher Weise sind die 500 Fachverbände in 25 Fachgruppen zusammengefaßt, die die Industrie organisch gliedern. Die Fachgruppen verwalten sich selbst und entsenden Vertreter in den Hauptausschuß des Reichsverbandes, in dem die Hauptarbeit geleistet wird. Vom Hauptausschuß sind auch eine Reihe Beratungsstellen gegründet worden, welche das Interesse der Mitglieder an dem Dachverband wachhalten. Von besonderer Bedeutung sind die Kartellstelle und das Institut für ausländisches Recht wie die Geschäftsstelle für industrielle Abrüstung. Die weiteren Arbeitsgebiete des Reichsverbandes ergeben sich aus den Unterausschüssen, die vom Hauptausschuß eingesetzt werden. Da gibt es neben den Ausschüssen, welche die allgemeinen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, des Friedensvertrages und Verkehrs behandeln, einen Ausschuß für Patente, und andere wirtschaftliche Rechtsfragen, Ausschüsse für Exportförderung, Steuern, Presse, Kreditwesen, Zahlungs- und Lieferungsbedingungen usw.

Obwohl eine Verschmelzung der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände mit dem Reichsverband der deutschen Industrie nie in Frage kommen wird, weil das Unterschiedliche der umfaßten Personalkreise Hindernis ist, besteht „in Anerkennung der zwischen ihnen bestehenden Interessengemeinschaft zwecks Herbeiführung der notwendigen Zusammenarbeit“ doch ein enges Verhältnis. Nicht nur die Spitzenorganisationen, sondern auch die Unterverbände arbeiten Hand in Hand.

Die Organisationen des Großhandels lehnen sich an die der Industrie an. Die Organisation des Handels ist im allgemeinen dort am fortgeschrittensten, wo auch schon frühzeitig in der Industrie wirtschaftliche Verbände entstanden. Nicht selten richtet sich der Kampf der Organisationen des Handels gegen zwei Fronten, einmal gegen das Vorgehen der Fabrikanten und deren Bestreben, den Handel auszuschalten, und zweitens gegen das Vorgehen der Verbraucher in Konsumvereinen. Neben der Vereinbarung gemeinsamer Lieferungsbedingungen bildet geradezu die Bekämpfung der Uebergriffe der Fabrikanten eine Hauptaufgabe der wirtschaftspolitischen Verbände des Handels, die als Organisationen des Großhandels im *Zentralverband des deutschen Großhandels E. V.* zusammengefaßt sind. Ueber 50 000 Mitglieder in 280 Fachverbänden vereinigt, zählt diese Organisation, die von sich aus die Bildung von regionalen Bezirksgruppen vorgenommen hat, die den Zentralverband in der Provinz vertreten und die selbständigen Fachverbände in den einzelnen Wirtschaftsgebieten einheitlich zusammenfassen, mit zu den wichtigsten.

Die Bildung von Arbeitgeberverbänden im Großhandel hat erst im Laufe des Krieges festere Formen angenommen. Erst seit 1919 besteht auch hier eine Dachorganisation, die alle Arbeitgeberverbände umfaßt und sich *„Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels“* nennt.

Die Organisationen der Banken, der Versicherungen und des Verkehrs stehen außerhalb der zentralen Vereinigungen des Großhandels. Im *„Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes E. V.“* sind alle Banken zur Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Interessen seit 1901 zusammengeschlossen. Im *„Reichsverband der Bankleitungen“* haben die Unternehmer des Geldmarktes sich eine besondere sozialpolitische Organisation geschaffen, die mit andern Spitzenorganisationen der Arbeitgeberverbände zusammenarbeitet. Die Unternehmer des Versicherungsgewerbes sind seit 1919 im *„Reichsverband der Privatversicherung“* zusammengeschlossen, während für die sozialpolitischen Aufgaben ein besonderer *„Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen“* besteht. Die Unternehmerorganisationen der Schifffahrt, der Spedition und Transportgewerbes sind zusammengeschlossen im *„Reichsverband des deutschen Verkehrsgewerbes“*, der die wirtschaftlichen wie sozialpolitischen Interessen seiner Mitglieder wahrnimmt.

Die Dachorganisation des Kleinhandels ist die *„Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels“*, die alle wirtschaftspolitischen Organisationen des Einzelhandels umfaßt und mit 23 Fachverbänden, 13 Regionalverbänden und 10 reinen Arbeitgeberverbänden rechnen kann.

Von allen Handwerkerverbänden behauptet heute der *Handwerks- und Gewerbekammertag*, eine freiwillige Vereinigung aller Handwerkskammern, den ersten Platz. Auf seine Initiative wurde 1919 der *„Reichsverband des deutschen Handwerks“* gegründet. In ihm sind vereinigt der *„Zentralausschuß deutscher Innungen“*, der *„Verband deutscher Gewerbevereine“*, der *„Handwerkerbund“* und der *„Deutsche Genossenschaftsverband“*. Die Bestrebungen der Handwerkerverbände und Innungen sind so allgemein bekannt, daß zu sagen darüber nichts nötig ist.

Eine besondere Art der Organisationen der Unternehmer bilden die der Landwirtschaft. Sie haben sich ein so vielseitiges Aufgabengebiet gesteckt, daß zu erlassen, ein besonderes Studium dazu gehört. Doch die Wirksamkeit dieser Organisationen ist nicht unbeachtlich und der augenblickliche Kampf um Agrarschutzölle unter Stützung der Landwirtschaft durch die Regierung zeigt, welcher Einfluß von diesen Organisationen ausgeht. Die Zusammenfassung aller Organisationen der Landwirtschaft ist der *„Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft“*, der heute 18 körperschaftliche Mitglieder verschiedener Art in sich vereinigt, von denen der *„Reichslandbund“* mit seinen 2 500 000 Mitgliedern die machtvollste Organisation der Landwirtschaft ist.

Fügen wir unserer kurzen, nur das Wesentlichste nennenden Skizze über die Organisationen der Unternehmer noch hinzu, daß auch noch amtliche Vertretungen der Unternehmerinteressen in den Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern bestehen, und daß das Streben nach einer Einheitsfront aller Unternehmer trotz mancher Fehlschläge äußerst lebendig ist, so kann für uns nur die Schlußfolgerung davon sein, all diese Unternehmerorganisationen genau kennen zu lernen, weil wir den Gegner kennen müssen, wenn wir ihn schlagen wollen. Es gilt deshalb auch in diese Materie einzudringen! Eine gute Einführung zum Studium, in welcher Weise die Unternehmer ihre Macht zusammengefaßt haben, bietet die soeben von Dr. Otto Suhr im Verlage des Verbandes der Angestellten herausgegebene Schrift: *„Die Organisationen der Unternehmer“*, der wir einen Teil der gemachten Angaben entnommen haben, die für Mitglieder der Arbeiterorganisationen durch die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Sortimentsabteilung, Berlin S. 14, Inselstr. 6 zum Organisationspreise von 70 Pfennige zu beziehen ist. Wollen wir der Macht der Organisationen der Unternehmer eine gleiche Macht als Paroli entgegenstellen, dann kann es nur eines geben: Starke Gewerkschaften und eine starke politische Partei.

Vom Zweck der Gewerkschaft.

Ihr sagt: Die Gewerkschaft hat den Zweck, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. Ganz recht. Aber was versteht ihr darunter? Bessere Löhne? Damit wäre der Begriff zu eng gesteckt. Ganz gewiß gehört die Erringung menschenwürdiger Löhne zum Zweck der Gewerkschaft. Denn erst sie eröffnen die Möglichkeit, der grauen Alltagsorgen ledig zu werden. Aber mit dem guten Lohn ist der Begriff des „menschenwürdigen Daseins“ bei weitem nicht erschöpft. Ein tierisches Dasein könnte bei gutem Futter sein Bewenden haben. Aber der Mensch soll kraft seiner höheren Vernunft höhere Bedürfnisse haben. Er soll sich in der freien Natur ergehen, seine Gesundheit pflegen, Museen und Theater besuchen, die Musik unserer Meister hören, ein gutes Buch lesen. Er soll Politik kennen lernen und in das weite Gebiet der Wissenschaft eindringen.

Dazu gehört nicht nur ein guter Lohn, sondern auch Zeit. Deshalb tritt die Gewerkschaft auch seit Jahrzehnten für die Verkürzung der Arbeitszeit ein. Erst hoher Lohn und verkürzte Arbeitszeit bedeuten körperliches Wohlbefinden und längeres Leben, sind die Voraussetzung des proletarischen Aufstiegs zur Lebensfreude, zur Kultur, zum wahren Menschentum.

Deshalb seht in den Gewerkschaften nicht nur die bloße Lohnbewegungsmaschine. Die Gewerkschaft ist der Hebel zur menschlichen Vollkommenheit. Euch nützt der gute Lohn nicht, wenn ihr nicht auch zugleich verkürzte Arbeitszeit habt. Und beides erhebt euch nicht zum Vollmenschentum, wenn ihr diese Vorteile nicht ausnützt, um euer Wissen zu erweitern, euch zu höchster Bildungsstufe zu erheben. Bedenkt: Die Vorbedingung zur Macht ist das Wissen. Mit brutaler Stiernackigkeit könnt ihr das sozialistische Haus der Zukunft nicht errichten. Dazu gehört zielklares, umfassendes Wissen. Erst dies führt zum echten Können. Ihr dürft nicht nur wollen. Ihr sollt können. Ihr könnt aber nur, wenn ihr das Wissen habt zum Vollbringen. Ihr werdet also das wahre Menschentum nur erringen, wenn ihr das Leben beherrscht.

Seht also in der Gewerkschaft den großen Hebel zu wahrer umfassender Volkskultur. Seid dieses hohen Zieles stets eingedenk. Steht zur Gewerkschaft in Freud und Leid. Halteft ihr immer die Treue. Laßt euch durch keine Niederlage verblenden, durch keinen Trug blenden. Nur stetes Streben verbürgt den Endsieg. Und dieses Endziel verliert nie aus den Augen. Ihm eure ganze Kraft, ihm eure ganze Tätigkeit. Dann werdet ihr auch das Ziel erreichen! *Tae/s.*

Gefahrengemeinschaften in der Erwerbslosenfürsorge.

Auf Grund der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge werden durch einen Erlaß des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt Bestimmungen bekanntgegeben, aus denen folgendes entnommen ist:

Für die Erwerbslosenfürsorge werden mit Wirkung vom 1. September dieses Jahres als Gefahrengemeinschaften in Form von Ausgleichskassen gebildet. Bezirk der engeren Gefahrengemeinschaft ist jede Provinz, der weiteren Gemeinschaft das ganze Land. Die Verwaltung der engeren Gefahrengemeinschaft wird den Provinzverwaltungen, der weiteren Gefahrengemeinschaft dem Preussischen Wohlfahrtsministerium übertragen, bei dem hierfür ein besonderer Ausschuss gebildet wird. Dieser besteht aus dem Minister oder seinem Stellvertreter als Vorsitzenden und je zwei Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie je einem Vertreter der Stadt- und Landkreise und zwei Vertretern der Provinzialverwaltungen als Beisitzern. Die Festsetzung der Beiträge erfolgt durch den Verwaltungsausschuss des Landesarbeitsamts für die Provinz Brandenburg. Von dem Beitrag von 3 Prozent des Grundlohnes ist je 1/2 Prozent an die Landes- bzw. an die zuständige Provinzialausgleichskasse abzuführen, der Rest von 2 Prozent verbleibt den Verwaltungsgemeinden der Arbeitsnachweise.

Die Inanspruchnahme der Ausgleichskassen ist erst zulässig, wenn von dem Arbeitsnachweis bzw. von der engeren Gefahrengemeinschaft mindestens zwei Wochen hindurch der höchste zulässige Beitrag erhoben worden ist. Diese Bestimmung ist auch die Voraussetzung für die Beihilfepflicht des Reiches und der Länder. Reichen die Mittel der Provinzialausgleichskasse nicht aus, so ist von ihrer Verwaltung ein Antrag auf Uebernahme des ungedeckten Teils der Aufwendungen auf die Landesausgleichskasse an das Preussische Wohlfahrtsministerium zu richten, das dem Antrag stattzugeben hat, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. — Mit dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen treten die bisher gebildeten Gefahrengemeinschaften gleichfalls außer Kraft, unbeschadet der Abwicklung der bis zum 31. August dieses Jahres entstandenen Ansprüche.

Der Verbandstag der Buchdrucker.

II.

Unter Punkt 2 der Tagesordnung wurde Stellung genommen zu den Anträgen auf Abänderung des Statutes und der Sonderbestimmungen über Unterstützungen. Kollege Krautz als Referent des Verbandsvorstandes legte die grundsätzliche Stellungnahme des Verbandsvorstandes dar. In Verbindung mit diesen Beratungen standen eine ganze Reihe von Anträgen, unter anderen auch über die Stellung zum Faktorenbund und zum Graphischen Industrie-Verband. Bezüglich der Forderung auf Schaffung des Graphischen Industrie-Verbandes sagte der Referent ungefähr folgendes: Eine Verbindung könne erst eingegangen werden, wenn die starken Unterschiede über die Einrichtungen der Verbände ausgeglichen und man sich über das Organisationsprinzip einig geworden sei. Vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit müsse geprüft werden, ob die Zeit der Berufsverbände schon vorbei sei. Er kam zur Verneinung dieser Auffassung und wandte sich gegen die zwangsweise Vereinigung gemäß des Gewerkschaftskongressbeschlusses von Leipzig. Er meinte, daß in der Inflationszeit die größere gewerkschaftliche Erfolgsmöglichkeit eher bei den kleineren Organisationen gelegen habe als bei den großen Industrieverbänden. Er stellte der Zusammenarbeit im Graphischen Bund ein gutes Zeugnis aus und meinte, daß in dieser Weise in der nächsten Zeit weiter gearbeitet werden müsse.

Kollege Glaser vom Verbandsvorstand behandelte dann die Anträge zum Unterstützungswesen. In einer eingehenden Debatte wurde die grundsätzliche Stellungnahme des Verbandstages für die Kommissionsarbeit festgelegt. Die übrige Debatte war beherrscht von der Verschmelzung der Verbände. Auch die Vertreter der graphischen Verbände und der Vertreter des ADGB äußerten sich eingehend dazu. Kollege Haß betonte für unsern Verband, daß er bei dieser Debatte die Initiative des Verbandsvorstandes zur Einführung des Einheitsstatutes vermissen. Seit vielen Jahren seien alle vier Verbände theoretisch einig, daß der Zusammenschluß erfolgen müsse. Er vermissen aber, daß die Differenzen, die zwischen den Verbänden bestehen, ausgeglichen würden. Manches Hindernis liege zwar in den Zeitverhältnissen, andere Hemmnisse sind aber gerade durch diese beseitigt. Die Hauptaufgabe sei, den Gedanken der Konzentration in die Mittelglieder zu tragen. Er wandte sich dann gegen die Art, wie der Maschinenmeisterkongress die Differenzen über die Besetzung der Offsetmaschine erledigen will und begründet in kurzen Zügen unsere Auffassung. Er betonte, daß in unserm Verbands auch nach wie vor der Zusammenschluß befürwortet wird. Er zeigt, wie praktisch auf tariflichem Gebiet im Sinne des Ausgleichs der Verhältnisse gearbeitet worden ist und verlangt, daß der zu schaffende Neubau der Buchdrucker so groß wird, daß alle Verbände Unterkunft finden. Er empfiehlt, zur schnelleren Verständigung eine gemeinsame Konferenz der graphischen Gauleiter herbeizuführen, um den Zusammenschluß zu fördern. Auch Kollege Hauelsen vom Buchbinderverband legte den unveränderten

und bekannten Standpunkt des Buchbinderverbandes dar. Die Rede des Kollegen Grafmann vom ADGB. unterstrich etwas sehr stark die Schwierigkeiten zur Herbeiführung von Industrieverbänden, so daß der Eindruck erweckt wurde, die Bundesleitung sehe in den Industrieverbänden keinen Fortschritt der Entwicklung.

Der vierte Verhandlungstag brachte eine umfangreiche Spartendebatte. Wie aus dem vorhergehenden Bericht ersichtlich ist, haben die einzelnen Sparten Kongresse abgehalten und dem Verbandstage Willenskundgebungen zur Sanktion unterbreitet. Die Vertreter der einzelnen Sparten wehren sich mehr oder minder heftig gegen das Eindringen von Kollegen anderer Sparten. Die Korrektoren beklagen sich, daß nicht als Buchdrucker tätig gewesene Arbeiter als Korrektoren verwandt würden. Den Maschinensetzern wurde Vorhalt gemacht, daß sie sich nur widerstrebend bereit erklären, Handsetzer anzulernen. Die Stereotypen fühlen sich durch das Umdrucken des Textes für die Offsetmaschinen in ihrem Tätigkeitsgebiet beeinträchtigt. Die Handsetzer erhoben lebhaft Klage, daß ihnen durch anastatische und andere Uebertragungsverfahren des Flachdruckes das Arbeitsgebiet verringert würde.

Im allgemeinen vertreten die Sparten den Standpunkt, daß nicht nur jedes Mitglied des Verbandes obligatorisch zur Spartenvereinigung gehören müsse, sondern daß den Sparten auch größere Bewegungsfreiheit auf tariflichem und gewerkschaftlichem Gebiete verliehen werden müsse. Die Auseinandersetzungen machten auf uns den Eindruck des 30 jährigen Krieges, allerdings in verkleinerter Auflage. Wie dort das Teilfürstentum gegen die kaiserliche Gewalt löckte, so hier die Sparten gegen straffe Zentralisation. Zum Schluß wurde eine Kommission gewählt, deren Beratungsergebnis den schon festgesetzten Kommissionen für prinzipielle und ideelle Angelegenheiten zu unterbreiten sei.

Zu einer lebhaften Auseinandersetzung kam es über den „Korrespondent“. Die Redakteure vertraten nacheinander ihre Auffassungen, gegen die mehr oder weniger Stichhaltiges von den Diskussionsrednern vorgebracht wurde. Es verbleibt dabei, daß der „Korrespondent“ nicht vom Verband obligatorisch geliefert wird. Der Tagesordnungspunkt endete damit, daß der Korrespondentredaktion volles Vertrauen ausgesprochen wurde. Nur eine Stimme erhob sich gegen diesen Beschluß.

In der Nachmittagsitzung hielt Kollege Fülle vom Verbandsvorstand ein sehr instruktives Referat über die Lehrlingsabteilung und den „Jungbuchdrucker“. Es fehlte in den sachlich und geistig hochstehenden Ausführungen nicht an Anregungen, wie auf diesem schwierigen Gebiete der Jugenderziehung gearbeitet werden muß. In der sehr umfangreichen und temperamentvollen Diskussion wurde allgemein verurteilt, die Jugend des Gewerbes mit Dingen in Verbindung zu bringen, die leider sehr viel ältere Arbeiter noch nicht verstehen. Umso größer müßte die Verwüstung sein, wenn die Jugend des Gewerbes von ihrem eigentlichen Zweck auf diese Weise abgelenkt würde. Mit der Annahme von Anträgen und Entschlüssen über Berufsberatung fand auch dieser Tagesordnungspunkt seinen harmonischen Abschluß.

Die Berichte der Beschwerdekommission interessieren uns nicht.

Am 5. Verhandlungstage wurde die Lage auf dem Tarif- und Lohngebiete in geschlossener Sitzung behandelt. Der 2. Vorsitzende des Buchdruckerverbandes hielt hierzu ein ausführliches Referat. Besonders behandelt wurde die augenblickliche Lage im Schriftgießergewerbe, dessen Tarifverhandlungen bekanntlich gescheitert sind. Die Debatte über diesen wichtigen Punkt konnte nur durch Annahme eines Schlußantrages beendet werden. Gegen wenige Stimmen wurde folgende Entschliessung angenommen:

Der Verbandstag ist mit der bisherigen Taktik des Verbandsvorstandes in der Lohn- und Tarifpolitik einverstanden. Bei allen kommenden Verhandlungen ist auch weiterhin der Arbeitszeit und der Lohnklasseneinteilung besondere Beachtung zu schenken.

Der Verbandstag hält an den zentralen Tarif- und Lohnverhandlungen fest. Die Festsetzung des Minimallohnes und der Arbeitszeit ist, wie bisher, einheitlich unter Beachtung der bisherigen Ausnahmen zu regeln. Der Verbandsvorstand hat den Zeitpunkt betreffs Kündigung des Manteltarifes gemeinschaftlich mit den Gauvorständen festzusetzen.

Die Aktionsfähigkeit der Organisation ist von allen Verbandskollegen zu fördern und sind alle Einzelbewegungen unter allen Umständen zu unterlassen. Unbedingte Disziplin der gesamten Kollegenschaft ist die einzige Vorbedingung, um in Zukunft für die Allgemeinheit Erfolge erzielen zu können.

Ein besonderer Punkt der Tagesordnung betraf den Bau eines Verbandshauses in Berlin. Nach Darlegung der Verhältnisse durch den Verbandskassierer, Kollege Schweinitz, wurde in der Diskussion nach lebhaftem Für und Wider zum Schluß gegen vier Stimmen entschieden, daß zur Deckung der Kosten des Verbandshauses der Beitrag um 20 Pfg. pro Woche zu erhöhen ist. Das eingehende Geld wird vom Verbandsvorstand nach

Deckung der Baukosten zu einem Kampffonds verwandt.

Zu den internationalen Beziehungen und zum internationalen Buchdruckerkongress referierte der Verbandsvorsitzende, Kollege Seitz. Er gedachte dabei der finanziellen Hilfe der ausländischen Bruderorganisationen, die in der Zeit der tiefsten Inflation dem Verbands die Schwierigkeiten überwinden halfen. In einem einstimmigen Beschlusse wurde für diese Hilfe der Dank ausgesprochen.

In der Stellungnahme zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, wurde die in allen gemeinen auch anderswo gepflogene Debatte wiederholt. Es ist bekannt, daß vom ADGB. je nach der Einstellung der betreffenden Arbeiter Dinge verlangt werden, die er nicht leisten kann. Man möchte den ADGB. am liebsten mit Machtbefugnissen ausstatten, die weit über das hinausgehen, was bisher ist. Es bedurfte deshalb sehr eingehender Darlegungen des Vertreters des ADGB., die schließlich auch mit großem Beifall aufgenommen wurden.

In der Abend Sitzung wurden eine Reihe Anträge hierzu abgelehnt und folgende Anträge und Entschliessungen einstimmig angenommen:

(113) Es wird nachdrücklich gefordert:
1. Die restlose Durchführung der im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehenen Rätegesetzgebung;

2. die beschleunigte Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts und allgemeiner Arbeitsgerichte auf der Grundlage der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte;

3. Der Ausbau der Sozialgesetzgebung (insbesondere eine Arbeitszeitreglung) die eine Ueberschreitung des Achtstundentages nur im Rahmen der alten Anordnung über die Reglung der Arbeitszeit vom 23. November 1918 und 17. Dezember 1918 zuläßt;

4. die Zusammenfassung der Sozialversicherung.

(114) Der Verbandstag fordert vom ADGB., die Schlichtungsordnung in der gegenwärtigen Gestalt energisch zu bekämpfen, da durch die in ihr enthaltenen Zwangsbestimmungen das gesetzlich gewährleistete Streikrecht völlig illusorisch gemacht wird. Zur wirksamen Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft ist aber nicht nur das uneingeschränkte Streikrecht eine unerläßliche Vorbedingung, sondern auch die Freiheit über die Entscheidung der Anwendung.

(116) Der ADGB. ist zu beauftragen, in lauter Reihenfolge möglichst alle 14 Tage eine Sammlung wichtiger Entscheidungen im Schlichtungswesen, Urteile von Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, sowie von Arbeitsgerichten herauszugeben.

Angenommen wird ferner der Antrag:
Der ADGB. möge zu gegebener Zeit Schritte unternehmen und dahin wirken, daß die Gesetzlichmachung der Ferien für die gesamte arbeitende Bevölkerung eingeführt wird.

Angenommen wird einstimmig der Antrag:
Der Zentralvorstand wird beauftragt, die Beschickung der Arbeiterbildungsanstalten nach Möglichkeit mit Unterstützung des Verbandes weiter aufrecht zu erhalten.

Abkehr vom Chemigraphen- und Kupferdruckertarif!

Wie aus einem Paulus ein Saulus werden kann.

Von A. Hehr.

Wenn zum baldigen Jubiläum einer nicht bloß groß gezogenen Idee, sondern groß gewordenen Tatsache, wie sie in uns ren beiden Gewerben der Tarif darstellt, einer der „unigen, die stets und unentwegt für Tarifpolitik eingetreten sind, anfängt das Gegenteil des seither gepredigten zu verfechten, so ist dies eine verdammt mißliche Sache. Man kommt dabei in die Lage desjenigen, der unbedingt Unrecht hat, entweder jetzt oder früher, zum mindesten aber damals im Dezember 1918, als in einer Berliner Vertrauensmännersitzung das ironische Wort geprägt wurde:

„Ein Weltkrieg kann zu Ende gehen, Kaiser und Könige können gestürzt werden, aber an einem Tarife darf nicht gerüttelt werden.“

Allerdings nicht, sagte ich, ein Tarif ist ja ein erstrebtes, selbstgeschaffenes, gewolltes Gesetz. Unbeschadet aller zu erwartenden Kritik, der ich gerade auf Grund meines so lange gepredigten Evangeliums ein dankbares Objekt sein muß, halte ich es für meine Pflicht, zu sagen, daß es in unseren beiden Gewerben besser ist, den Tarif in diesem Jahre nicht zu erneuern.

Der alte Tarif läuft auf ein Jahr weiter, wenn er nicht zwei Monate vorher gekündigt wird. Damit wir nicht in Gefahr kommen, den nach unserer Abstimmung von dem Arbeitsministerium verschlechterten Tarif noch länger lauten zu sehen, muß er rechtzeitig gekündigt werden — und zwar von uns!

Zum klaren Verständnis sei vorher gesagt, daß ich nach wie vor ein Anhänger der Tarifpolitik bin.

Ein praktischer Gewerkschafter, und nur solche haben das Recht, sich Gewerkschafter zu nennen, kann ehrlicherweise gar keine andere Politik als

Taripolitik treiben, außer — er sei Nihilist; mit Absicht wähle ich dieses Wort; ältere Genossen werden mich verstehen.

Ich bringe es sogar fertig zu empfehlen, daß in anderen Berufen schlechtere Tarife nicht nur bestehen bleiben, sondern sogar erneuert werden, je nach Lage der Sache. Nicht mehr bringe ich es aber fertig, für ein Weiterbestehen unseres Tarifes zu wirken, trotzdem nicht nur der Inhalt des Gesetzes, sondern auch die Form, wie die aus dem Tarife sich ergebenden Folgerungen, die in den Sitzungen des Tarifamtes gezogen werden, heute noch die besten Beispiele für Verhandlungen in anderen Gewerben abgeben könnten. Und warum nicht mehr für Tarif?!

Einfach aus dem Grunde, weil unser Tarif nicht mehr das ist, was er war!

Weil das, was ich und andere an ihm besonders schätzten, ausgemerzt ist! Die tressende Wunde dieser Zeit ist zu sehr an unserem Gebilde zu spüren!

Und wenn mir Kollegen sagen, ja warum sagst du uns dies jetzt erst: nun — ich habe es gesagt dort, wo ich es konnte, und so wie ich glaubte es zu müssen.

Man soll nicht herunterholen, was nicht reit ist. Jetzt ist es soweit! Und wenn mir die Prinzipale sagen, ach, jetzt kommt der so, dem hat wohl die gute Konjunktur den Kamm schwellen lassen, dann kann ich getrost behaupten, daß so mancher der Herren auf Prinzipalsseite weiß, daß wir uns unsere Politik nie auf Sichtwechsel eingestellt haben. Dies ist uns von etlichen auf unserer Seite öfters angekreidet worden, es hat aber die Zeit bald gezeigt, daß Augenblickstaktik eine falsche Taktik ist.

Wir haben uns nie genügen lassen, tariflich nur Lohn- und Arbeitsbestimmungen festzusetzen; nein, Gewerbepolitik zu treiben, war unser Bestreben. Dies zu tun, ist im Tarif kein Raum mehr und im Tarifamt gegenwärtig keine Resonanz zu finden. Es hat sich ein Zustand entwickelt, daß ich wenigstens wenig Hoffnung habe, es werde bei uns wieder, wie früher, mehr in Gewerbepolitik und nicht in Gegnerschaftspolitik gearbeitet, in Kommissionen und mit fürchterlich langen Zurückziehern. (Wieder wird ein Teil von Mitgliedern in beiden Lagern sagen, das ist gut, so soll es bleiben. Quatsch ist das, so soll man es nicht treiben. Dann lieber Hand weg vom Butten).

Wenn sich die Vertreter der Kontrahenten nur als Verfechter ihrer Partei fühlen, so mag das für die Organisation ganz schön und kühn, zuweilen auch herztärlend sein, mit Taripolitik hat es nicht mehr viel zu tun.

Tarifamtsvertreter — Tariffunktionäre sind, immer wieder muß man es sagen, nicht nur Mandatäre ihrer Mitglieder, sondern tatsächlich müssen sie sein unparteiische Richter. Man ist nicht so sehr gewählt zur Wahrung seiner Interessen als zur Wahrung der Interessen des Tarifes, zur Wahrung des Rechtes, zur Wahrung des gewerblichen Friedens. Wer es ehrlich nimmt mit seinem Amte, der wird, und wenn er als der glühendste Verfechter seiner Klassenrechte gewählt ist, mit der Zeit ein Vertreter des Gedankens, daß das Tarifamt ein Arbeitsamt sein muß.

Dieser alte Gedanke, diese Buxensteintragik ist beiseite gelegt, im allgemeinen und auch bei uns.

Aus diesem Grunde, und weil ich mein Amt im vorhergesagten Sinne auffasse, hat der Tarif für mich keinen Wert mehr. Da ist es besser, wir verhandeln als freie Verfechter unserer Arbeiterinteressen.

Schuld an dem Zustand der jetzt üblichen Verhandlungsweise sind natürlich beide Parteien. Da

Behauptungen bewiesen werden müssen, so soll dies im nächsten Artikel geschehen und da wir den Balken im eigenen Auge nicht übersehen, beginnen wir damit, daß wir unsere Fehler zuerst bloßlegen.

Gegen den Brotwucher.

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes sandte folgenden Protest gegen die beabsichtigten Agrarzölle an den Reichstag:

„Der Deutsche Textilarbeiterverband als Vertretung von mehr als 400 000 Textilarbeitern und -arbeiterinnen, darunter zahlreichen proletarischen Frauen und Müttern, protestiert mit der größten Entschiedenheit gegen die Annahme des von der Regierung dem Reichstag vorgelegten Entwurfes eines Gesetzes über Zölle und Umsatzsteuern. Es heißt die ohnehin sehr gefährdete Weiter- und Höherentwicklung des Deutschen Reiches verhindern und das Land dem Ruin entgegenzuführen, wenn durch einseitige Belastung zugunsten der Inflationsgewinner und der Besitzenden überhaupt der durch die Hölle des Krieges und der Inflation physisch und moralisch stark geschwächte Volkskörper den stärksten Erschütterungen ausgesetzt wird. Es heißt das sittliche Niveau des Reiches herabsetzen und den Glauben an eine Wiedergeburt Deutschlands vermindern, wenn den armen, seit Jahren unternehmigen Volksschichten der trockene Bissen Brot verteuert wird. In dem Gesetzentwurf niedergelegten Bestimmungen sind um so mehr zu verurteilen, als sie in einer Zeit ständig steigender Brotpreise durch Zulassung der Einführung der autonomen Zollsätze des Tarifs von 1902 eine starke Steigerung gegenüber den ehemaligen Vertragszöllen ermöglichen. In der im Gesetzentwurf vorgesehenen, übrigens durchaus ungenügenden Herabsetzung der Umsatzsteuer, kann die unterzeichnete Vertretung des Deutschen Textilarbeiterverbandes einen Ausgleich für die Brotvertuerung nicht erblicken.

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes fordert von den Parteien des Reichstags Ablehnung des Entwurfes und entschiedenste Abwehr aller etwa auf Brotvertuerung zielenden Absichten der Reichsregierung.“

Helft mit!

Die freigewerkschaftlich organisierten Angestellten liegen in einem schweren Kampfe mit der noch immer in Angestelltenkreisen grassierenden Ansicht vom Frieden zwischen Kapital und Arbeit. Sogenannte wirtschaftsfriedliche Verbände, die ihre Anhänger nur zu arbeiterfeindlichen Bestrebungen mißbrauchen, können leider auch noch Mitglieder aus Familien aufweisen, in denen der proletarische Klassenkampfgedanke schon längst eine Statt hat. Um hier Wandel zu schaffen, läßt der Zentralverband der Angestellten folgende Mahnung an alle freien Gewerkschafter ergehen:

Fragt eure Söhne und Töchter, die den kaufmännischen Beruf erwählt haben, wo sie organisiert sind! Sagt ihnen, daß für sie nur einzig und allein die freigewerkschaftliche Organisation, der Zentralverband der Angestellten in Betracht kommt! Eure Söhne dürften niemals im Deutschenationalen Handlungsgehilfen-Verband, der die Jugend statt über die Aufgaben der Gewerkschaften aufzuklären, im Revanchegedanken erzieht, auch nicht im Gewerkschaftsbund der Angestellten organisiert sein. Eure Töchter dürfen nicht im Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten oder

anderen reaktionären Verbänden organisiert sein. Alle diese Verbände sind Anhänger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Wer freigewerkschaftlich organisiert ist, Sorge dafür, daß seine Kinder sich ebenfalls freigewerkschaftlich organisieren.

Wer diese Worte nicht beherzigt, stärkt die gelben, monarchistischen Verbände. Die kaufmännischen Lehrlinge gehören in die Jugendabteilungen des Zentralverbandes der Angestellten, der einzigen freigewerkschaftlichen Organisation der kaufmännischen und Bureauangestellten.

Ortsbericht.

Niedersedlitz. Die am 17. September tagende Versammlung der Zahlstelle Niedersedlitz nahm Stellung zur Beitragserhöhung; dieselbe wurde fast einstimmig bewilligt. Die Frage 2 wurde mit Nein beantwortet; der Vorstand wird ersucht, evtl. überschüssige Gelder für den Kampffonds zu verwenden. Des weiteren kam eine Sachzur Sprache, die die gesamte Kollegenschaft interessieren dürfte. Eine hiesige Firma suchte im Druckereianzeiger 2 Offsetdrucker; darauf hatte sich ein Buchdrucker engagieren lassen, ohne die Firma seinen Beruf angeben zu haben. Bei Antritt seiner Stellung konnte er aber dem Vertrauensmann seinen Beruf nicht verheimlichen. Die Kollegen wurden bei der Direktion sofort vorstellend und auf bestimmtes Verlangen derselben mußte der Buchdruckkollege am selben Abend die Arbeitsstätte wieder verlassen. Trotzdem es ihm in Leipzig vorher schon so ergangen, unterließ er den Versuch nicht, in unseren Beruf einzudringen. In dieser Firma kommen rein lithographische Arbeiten und keinerlei Buchdruckarbeiten in Frage. Wir müssen dieses Verhalten der Gesamtkollegenschaft unterbreiten, denn es gilt für uns alle ein wachsames Auge zu haben. Wir dürfen nicht zusehen, wie die Offsetmaschine von Buchdruckern besetzt wird, während unsere Kollegen auf dem Pflaster liegen.

Vom Büdertisch.

Hinein in die Gewerkschaften — Warum? Von W. Lehmann. Verlag: Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband, Filiale Berlin, Sebastianstraße 37-38. Preis 25 Pfg.

Augenblicklich ist die Tagesparole, mit der die deutsche Arbeiterbewegung von linksradikaler Seite beglückt wird: Hinein in die Gewerkschaften. Vor garnicht allzulanger Zeit hörte man noch von Toneski, dem Vorsitzenden des Zentralrates russischer Gewerkschaften die Meinung; Heraus aus den Gewerkschaften! Die Ursache der Wandlung sind Beschlüsse des Kongresses der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaften-Internationale, die nach Sinojew gefaßt werden mußten, weil die Kommunisten große Gewerkschaften für Deutschland nicht bilden könnten. Aber selbst wenn sie gebildet werden könnten, wäre ein erfolgreicher Wirtschaftskampf mit ihnen nicht zu führen. Und würden sie ihn dennoch führen, würden sie ihn verlieren. Trotz dieser Einsicht ist die neu erlassene Parole ebenfalls darauf abgestellt, die Gewerkschaften in innere Kämpfe zu verwickeln. Warum das geschehen soll, zeigt Willi Lehmann an Hand von Auslassungen der KPD. Die Beachtung erheischen. Bei dem neuen anhebenden Kampf unter der Parole: Hinein in die Gewerkschaften!, der nur dem Zwecke dient, die freien Gewerkschaften zu Werkzeugen der KPD zu machen, kann an diesem Material nicht achtlos vorbeigegangen werden. Jedem Gewerkschafter ist deshalb die Broschüre zur Anschaffung zu empfehlen.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 6 Absatz 2 des Statutes wurden der Steindruckerei **Karl Grohmann** — Buchnummer 43-890 — und der Lithograph **Joseph Liebsch** — Buchnummer 54 862 — aus dem Verbands ausgeschlossen.

Der Vorstandsvorsitz.

Notenstecher und Notendrucker

per sofort gesucht.

Berliner Musikalien-Druckerei G. m. b. H.,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 16/17.

Karto-Lithographen

tüchtig in Gravur und Federarbeiten, **sofort gesucht.** Bei guten Leistungen Dauerstellung und entsprechende Bezahlung zugesichert. Angebote mit Mustern und kleinem Lebenslauf erbeten an

Joh. Roth sel. Ww., G. m. b. H., München 2 NW.
Karlsstraße 51—53.

FARBÄTZER

erste Kraft für Offset und Klischee, findet gutbezahlte Dauerstellung.

Carl Weddigen, Druckereigesellschaft m. b. H., Barmen-R.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt

tücht. Photographen

für Strich und Schwarz-Auto,

tücht. Autoätzer, tücht. Farbätzer

Angebote mit Zeugnisse und Gehaltsansprüche an

Zerrels & Co., Graphische Kunstanstalt, Nürnberg.

Wir suchen zum möglichst sofortigen Antritt ältere verheiratete

Auto- und Farb-Ätzer

welche Meinüchtig haben, sich in Braunschweig ansässig zu machen, in Dauerstellung bei tarifmäßiger Bezahlung.

J. G. Huch & Co., G. m. b. H.,
Braunschweig, Helmstedter Str. 32.

ÄTZER

perfekt in Auto und Strich gesucht. Angebote mit Altersangabe an

Rheinische Klischeefabrik, Köln.

Original-„KUMV-Fräser“

anerkannt das beste Werkzeug für die Klischee-Fabrikation, zeichnen sich aus durch Härte, Haltbarkeit und großes Schneiden. — In allen Größen zu haben.

Paul Berndt, Präzisionswerkzeug-Fabrik
Berlin S. 59, Kottbuser Damm 22.
(Moritzplatz 10 611).

Lieferant fast aller großen Firmen und der Reichsdruckerei.

Um Angabe der Adresse des

Steindruckers

Josef Goretzka

zwecks Regelung Familienverhältnisse, zuletzt beschäftigt in Lübeck, wird ersucht.

Zahlstelle Cassel
Heinrich Harff, Westring 44.

Handwerker- und Kunstgewerbeschule Barmen

Werkstätten für Satz und Buchdruck, Stein-, Zink- und Offsetdruck. Photomechanisches Atelier. Entwurfsklassen für Reklame und Buchschmuck.

Fachliteratur!

Das Tauschieren u. Ätzen der Metalle

Preis inkl. Porto und Nachnahme 1,50 G.-Mark.

DER PRAKTISCHE UMDRUCKER

von Bernhard Enders

Preis inkl. Porto und Nachnahme 1,- G.-Mark.

Die Erfindung der Lithographie

durch Alois Senefelder

von Fritz Hansen.
Preis inkl. Porto und Nachnahme 0,75 G.-Mark.
Verlag Conrad Müller, Scheideitz.